

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Irmingard Schewe-Gerigk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/547 –

Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung der Hartz-Gesetze I bis III konsequent umsetzen

A. Problem

Auf Drucksache 16/505 hat die Bundesregierung für 2005 einen Bericht zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vorgelegt. Er soll als Grundlage dazu dienen, über Erfolg und Änderungsbedarf entscheiden zu können. Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion müssen aus dem vorliegenden Zwischenbericht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion verlangt, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung der Hartz-Gesetze I bis III in bereits laufenden und in geplanten Gesetzgebungsvorhaben konsequent zu berücksichtigen. Unter anderem fordert sie, die angekündigte Zusammenführung von „Ich-AG“ und „Überbrückungsgeld“ für Existenzgründer zu korrigieren, die bisherige Regelung von Mini- und Midijobs durch ein Konzept zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge abzulösen, die Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer zu erweitern und zu verbessern sowie bei Einkaufsprozessen der Bundesagentur für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Qualität von Maßnahmen und der Verbesserung der Integrationschancen eindeutigen Vorrang einzuräumen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 16/547 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Februar 2006

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Dr. Ralf Brauksiepe
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Ralf Brauksiepe

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

1. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/547** ist in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren Sitzungen am 15. Februar 2006 gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. ebenfalls die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP ebenfalls die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 bei Stimmenthaltung der Fraktion

DIE LINKE. einvernehmlich die Ablehnung des Antrags empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Auf Drucksache 16/505 hat die Bundesregierung für 2005 einen Bericht zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vorgelegt. Er soll als Grundlage dazu dienen, über Erfolg und Änderungsbedarf entscheiden zu können. Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion müssen aus dem vorliegenden Zwischenbericht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Die antragstellende Fraktion verlangt, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung der Hartz-Gesetze I bis III in bereits laufenden und in geplanten Gesetzgebungsvorhaben konsequent zu berücksichtigen. Unter anderem verlangt sie, die angekündigte Zusammenführung von „Ich-AG“ und „Überbrückungsgeld“ für Existenzgründer zu korrigieren, die bisherige Regelung von Mini- und Midijobs durch ein Konzept zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge abzulösen, die Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer zu erweitern und zu verbessern sowie bei Einkaufsprozessen der Bundesagentur für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Qualität von Maßnahmen und der Verbesserung der Integrationschancen eindeutigen Vorrang einzuräumen.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 12. Sitzung am 15. Februar 2006 den Antrag (Drucksache 16/547) beraten und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung zu empfehlen.

Berlin, den 15. Februar 2006

Dr. Ralf Brauksiepe
Berichterstatter

